

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 16 (1975)  
**Heft:** 17

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

«Das Verhältnis der Staaten des Warschauer Vertrags zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 rief einzig und allein formelle Gegenstimmen des Westens hervor. Keiner der Nato-Staaten unterzog die Grundsätze und Methoden seiner Politik irgendeiner Aenderung. Mit einer wichtigen Ausnahme. Dieses Ereignis wurde zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der Grossen Koalition (in Westdeutschland). Die Christdemokraten bewerteten diese Tatbestände als totale Niederlage ihrer Konzeptionen und vertraten die Ansicht, dass ihnen nun nichts mehr übrigbleibe, als eine starre politische Haltung in

## Zitiert...

Erwartung neuer Operationsmöglichkeiten anzunehmen. Die Sozialdemokraten teilten die Bitternis der Niederlage, wobei ihre Schlussfolgerungen jedoch ganz anders waren: Man kann mit Osteuropa keinen wirksamen Dialog beginnen, ohne den Status quo und die führende Rolle der Sowjetunion anzuerkennen.»

Janusz Stefanowicz:  
«Von Potsdam bis Helsinki».  
In «Polens Gegenwart»,  
Warschau, Nr. 6/1975

## Die Konzessionen

Das Schlussdokument der KSZE ist eine Absichtserklärung. Bis auf weiteres fehlt ihm jegliche Verbindlichkeit und jegliche gesamteuropäische Behörde, die für die Verwirklichung der Beschlüsse sorgen könnte. Zum Glück, denn unter den gegebenen Verhältnissen hiess sie institutionalisierte sowjetische Mitsprache in Westeuropa ohne westliches Gegenrecht im Sowjetlager. Für die nächste Zeit hängt alles davon ab, was man unter Berufung auf den Geist von Helsinki macht oder mit sich machen lässt.

Das heisst nicht, dass die Konferenzbeschlüsse selbst kein Interesse verdienen. Und wenn sie nichts als (westliche) Illusionen widerspiegeln sollten, so wären sie schon in dieser Funktion ein Gradmesser für Zustände und Entwicklungsmöglichkeiten. Wir wollen uns jetzt und später mit den Dokumenten befassen. Und vorneweg mit dem Stolz des Westens, nämlich mit den sowjetischen Konzessionen.

Es ist schon etwas, dass die KSZE-Schlussdokumente weder in Thematik noch in Formulierung genau das geworden sind, was sich die sowjetische Promotionsmacht vorgestellt hatte. Und das ist keine Selbstverständlichkeit. Die Sowjets hatten vor zwei Jahren mit erstauntem Unwillen protestiert, als sie gewahr wurden, dass der Westen mit eigenen Ideen und Forderungen an der Konferenz auftrat:

«Darf man der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Ländern irgendwelche Vorbedingungen aufzwingen und ihnen einseitige Konzessionen abhandeln, nur weil sie sich für die europäische Sicherheit interessieren?» («Prawda», 23. 10. 1973)

## Normalisiert

Als die Sowjets vor sieben Jahren in die CSSR einmarschierten, nannten sie das «Normalisierung», und seither hat das Wort dort den Gebrauchswert eines bitteren Sarkasmus.

In der Folge übertrugen die Sowjets ihre Markenbezeichnung der «Normalisierung» auf die europäische Entspannung. Und sie verstehen darunter damals wie heute das gleiche: die An-

Aber siehe, man durfte. Die Sowjets haben tatsächlich in den Schlusstexten ein paar Konzessionen gemacht, um «ihre» Konferenz zu retten. Wehtun werden sie ihnen allerdings nicht. Hier sind sie:

1. Unter den Prinzipien zur Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen ist im Zusammenhang mit der Respektierung der Souveränitätsrechte die Möglichkeit erwähnt, die Grenzen «in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und Vereinbarungen» zu ändern. Das hatte Moskau ursprünglich als Legalisierung von Revanchismus und somit als inakzeptabel hingestellt. M. Lwow hatte das («Neue Zeit», Moskau, Nr. 2/1974) vortrefflich begründet:

«Die Völker Europas haben nicht vergessen, dass der Aggressor, wenn er von einem andern Staat ein Territorium forderte, immer zunächst vorschlug, die aufgenommene ‚Frage‘ sozusagen ‚friedlich zu regeln‘. Der Aggressor nahm die Feindseligkeiten auf, wenn das Opfer, das er sich erwählt hatte, sich weigerte, ihm sein Territorium zu überlassen.»

Mit diesen Worten könnten z. B. die Balten in der Tat schildern, wie sie ihr Territorium verloren haben. Lwow meint freilich vermutlich eher Hitler. Womit er auch recht hat; da ist kein Unterschied.

Tatsächlich kann die sowjetische Konzession praktisch nur den Sowjets selber zugute kommen, weil sie ganz allein die machtmässigen Voraussetzungen zu Grenzänderungen der von ihnen geschilderten Art haben. Und ihre analoge Art der Souveränitätsrespektierung wird von der Konferenz nicht angefochten; sonst müssten sie ja heute in Erfüllung der KSZE-Grundsätze aus der CSSR abziehen. Ceausescu hatte seinerzeit die ausdrückliche Feststellung gefordert, dass die Souveränitätsrechte unter keinem Vorwand verletzt werden dürften, aber diese deutliche Bezugnahme auf die Breschnew-Doktrin war dem Westen zu provokativ gewesen; Westeuropa vermittelte eine unverbindlichere Formulierung.

2. Bezüglich der Abrüstung wird an zwei Stellen verlangt, dass sie «unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle» erfolge. Hier haben die Sowjets unzweifelhaft in eine Formulierung einwilligen müssen, gegen die sie sich gesträubt haben, seit sie zur Diskussion steht. Es liegt nun am Westen, sie dabei zu behaften. Nun, vielleicht wird sich das Sowjetlager freimütig einer internationalen Kontrolle durch eine Kommission der Warschauer-Pakt-Staaten unterziehen...

3. Der gesamte sogenannte «dritte Korb» (menschliche Kontakte, freier Informationsaustausch) hatte im ursprünglichen osteuropäischen Traktandenentwurf gefehlt; diese Dinge beziehen sich ja auf jene Aspekte der europäischen Zu-

nahme ihrer Spielregeln durch den Partner. Hingegen sind die Tschechoslowaken unterworfen; wir sind bloss unterwürfig.

Man hatte sich 1968 gefragt, welchen Preis die UdSSR für ihr Eingreifen werde zahlen müssen. Es hat sich gezeigt, dass es nur um die westliche Zahlungsbereitschaft geht. Um der Anmassung nicht zu opponieren, hat man sie akzeptiert. Die Konfrontation hat nachgelassen; die Subordination hat zugenommen. Das ist der Weg von Prag nach Helsinki. cb

sammenarbeit, die man im Sowjetlager verhin-dert und unterdrückt. Dass sie im Schlussdokument überhaupt figurieren, ist die sowjetische Konzession; dass sie ganz ausdrückliche Unverbindlichkeitserklärungen eingebaut erhielten, ist die westliche Konzession.

So hält Punkt 1 (menschliche Kontakte) fest, alle diesbezüglichen Fragen müssten von den betreffenden Staaten «unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen» geregelt werden. Und weil für die Sowjets freie Kontakte eben nicht annehmbar sind...

Aehnlich verhält es sich mit dem freien Informationsaustausch. Er hat unter Wahrung der jeweiligen «nationalen Gesetzgebung» zu erfolgen, und diese unterstellt ihn zum Beispiel in der Sowjetunion gleich mehrfacher Zensur. Somit ist der freie Informationsaustausch in der pluralistischen Ordnung gewährleistet und in der andern verunmöglicht; zu dieser Arbeitsteilung bei der Zusammenarbeit hätte es keiner KSZE bedurft.

Allen «Forderungen» von Korb 3 steht ohnehin schon anlagemässig die Anrufung der nationalen Souveränitätsrechte im Wege, die es auch im KSZE-Dokument den einzelnen Staaten anheimstellen, ihre eigenen Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Eine Pflicht zur Anpassung der Gesetze z. B. an das Informationsrecht besteht nicht. Wenn also die Sowjets ursprünglich die Forderung nach freiem Informationsaustausch grundsätzlich als Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bezeichneten, so hindert sie nichts daran, das fallweise zu wiederholen, unter Berufung auf das KSZE-Dokument.

Laszlo Revesz

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Peter Dolder

**Abonnementspreise**

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

## Unser TV-Kommentar

## Wütender Mob

Die erhobene Faust als das revolutionäre Symbol der unterdrückten Mehrheit, die sich gegen die Feinde des Volkes erhebt: In Portugal ist sie sichtbar geworden. Im Norden des Landes hat man sogar revolutionäre Gewalt gesehen. Die unbewaffnete Gewalt der einfachen Menschen gegen die lokalen Potentaten, die sich ihr eigenes Waffenarsenal angelegt hatten und darüber hinaus noch über militärischen Schutz verfügten.

Für einmal war die Wirklichkeit so, wie man sie normalerweise nur als verfälschtes Mythos der Revolution schildert; es war direkte, lange unterdrückte und endlich ausgebrochene Volkswut in Aktion. Aber so unzweifelhaft und authentisch der Vorgang war, so peinlich musste er wirken. Denn die Rollenverteilung entsprach nicht dem, was der wohlgepflegte Revolutionsmythos für solche Fälle vorsieht. Der Revolutionsmythos, der ideologisch bestimmt ist und Abweichungen nicht duldet.

In der Tagesschau des deutschschweizerischen Fernsehens vom 12. August nannte man die erzürnten Revolutionäre beim Namen. Man sprach vom «wütenden Mob». Eigentlich ein pikanter Ausdruck. Ich hätte geglaubt, dass er medienunmöglich geworden sei, wenigstens für zeitgenössische Ansprüche. Ich hätte geglaubt, er sei höchstens noch im Vokabular der wirklich unverbesserlichen Reaktionen zu finden, jener Leute, die feudalen Herrschaftsverhältnissen

nachräumen, wo alles seinen Platz hatte und insbesondere der Plebs wusste, wo er hingehört. Ich hätte geglaubt, dass der Ausdruck «wütender Mob» eine konterrevolutionär konservative Mentalität ebenso verrate wie der Ausdruck «Eingeborene» eine koloniale Mentalität.

Nun, ich habe mich getäuscht. Oder vielleicht auch nicht. Mit der Mentalität ist das so eine Sache. Und wer weiss: Wenn in Angola von MFA-Gewalt gegen die militärisch abgesicherten und zivilisiert prosovjetschen MPLA-Ordnungsvertreter zu berichten sein sollte, wird man auch wieder von den «primitiven Eingeborenen» reden dürfen. Man muss nur wissen, wo man hingehört.

Christian Brügger



Die erhobene Faust (hier im Emblem der Sozialistischen Partei Portugals). Ist sie Symbol der Revolution oder wird sie zum Wahrzeichen der Konterrevolution, sobald sie «der Mob» ohne Weisung der Ideologen erhebt?

à propos  
Mensch

Künstler sind auch Menschen, allerdings solche, die keine Ahnung haben, was *arbeiten* heisst. Daher war es nur recht und billig anzuordnen:

«Alle Künstler müssen unter die Massen gehen» und «sie müssen für eine lange Zeit vorbehaltlos mit Leib und Seele in den Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten untertauchen» — «so hat der Vorsitzende Mao die Aufgabe der Kunstschaffenden Chinas formuliert. Viele Künstlergruppen ... gingen in Fabriken, in die Dörfer und zu Truppeneinheiten, um einerseits von den Arbeitern, Bauern und Soldaten zu lernen und andererseits ihnen Musterstücke der revolutionären Bühnenkunst vorzuführen.»

So vermeldet Nr. 2/1975 der Zeitschrift «China im Bild» (Peking). Damit deckt sich, was ein Reporter des kanadischen «Globe and Mail» über die ebenso lernbedürftigen chinesischen Journalisten erfuhrt:

Von den 1000 Mitarbeitern des KPCh-Organs «Jen-min Jih-pao» in Peking ist immer ein Drittel turnusmässig ein Jahr lang in der Landwirtschaft am Lernen, was *arbeiten* heisst. Damit sie «nicht zur privilegierten Intelligenzia werden», wie Tschun Tschun, Mitglied des siebenköpfigen Redaktionskollegiums des KP-Blattes, erläuterte.

So lernen sie die ideale Zeitung machen: was die Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten brauchen? Tschun gestand, dass es da «ein sehr schwieriges Problem» gebe: die Langatmigkeit der Artikel. Im Anschluss an diesbezügliche Selbstkritik brachte die «Jen-min Jih-pao» den Leserbrief eines Soldaten:

«Richtig, die Artikel sind lang und dazu auch langweilig. Ich schaffe es nicht, einen einzigen Artikel zu Ende zu lesen.»

Vergeblich ist der Aufenthalt der Zeitungsleute auf dem Lande trotzdem nicht, denn sie produzieren in ihrer «Kaderschule» 889 kg Getreide je Hektare, und zudem «studieren sie die Werke von Marx, Lenin und Mao».

Wirkungslos ist auch der Landdienst der Künstler nicht. Daran lässt «China im Bild» keinen Zweifel. Erstens die Arbeit, von der «die Künstler Blutblasen an den Händen bekamen und ihre Schultern anschwellen», dafür «ihr proletarisches Gefühl gestärkt» wurde. Zweitens die Kunst in der Freizeit. Freilichttheater zum Beispiel: «Das Publikum hielt trotz Regen bis zum Ende aus. Manche Bauern erklärten tiefbewegt: ‚Dass wir mit eigenen Augen Musterstücke der revolutionären Bühnenkunst sehen können, zeigt die Fürsorge des Vorsitzenden Mao für uns armen Bauern und Mittelbauern.‘» (Macht drittens: das Mao-Image bei den Massen wird gepflegt.)

Die Künstler sind um ihre Meinung nicht befragt worden, was sie zum Ernst und zur Anstrengung ihres *Berufes* zu sagen hätten. Mao und «die Massen» wissen alles revolutionär Wesentliche sowieso.

HTD

## Unsere Meinung

Der Status von nationalen Befreiungsbewegungen bei der UNO soll systematisch verbreitert und universalisiert werden. So sind die Vereinten Nationen bereits aufgefordert worden, eine ganze Anzahl von revolutionären, nationalen Befreiungsorganisationen in geeigneter Form anzuerkennen und in die Weltorganisation aufzunehmen.

Gleich ein Kollektivbegehren dieser Art hat eine «Weltkonferenz» formuliert, die in Rio de Janeiro tagte und den Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus auszuweiten wünscht. Sie beruft sich insbesondere auf den Präzedenzfall, dass die Organisation zur Befreiung Palästinas an der Genfer Versammlung der UNO zugelassen wurde. Ferner weist sie auf die UNO-Konferenz vom März 1975 in Wien hin, bei welcher der legale Status der diplomatischen Missionen und Delegationen von nationalen Befreiungsbewegungen bei internationalen Organisationen durch eine Konvention geregelt wurde. Damit sei, so hält die Resolution der Konferenz von Rio de Janeiro fest, die Basis geschaffen, um dem UNO-Beschluss über die Entkolonialisierung durch vermehrte Anerkennung und Aufnahme von Befreiungsbewegungen systematisch Nachachtung zu verschaffen.

Zweifellos geht die Logik der Entwicklung in diese Richtung, und bei der Priorität, den die

Weltorganisation dem antikolonialistischen Kampf einräumt, ist die Forderung konsequent, den nationalen Befreiungsbewegungen im UNO-Gefüge ihren festen Platz zu geben. Die Forderung ist sicherlich nicht überraschend und war zu erwarten. Man kann mit diesem Trend grundsätzlich einverstanden sein oder auch nicht; man muss ihm als einem progressiven Faktor unserer Zeit Rechnung tragen.

Womit wir uns den Befreiungsbewegungen zuwenden wollen, welche die betreffende Konferenz in Rio de Janeiro der UNO zur Aufnahme empfiehlt. Es sind dies namentlich die Organisation Ukrainischer Nationalisten, die das heutige Kolonialgebiet der Ukraine repräsentieren soll, ferner analoge Befreiungsbewegungen von Weissrussland, Litauen, Estland, Lettland, Turkestan, Georgien, Armenien, Aserbeidschan und Nordkaukasus.

Ja so, ja was soll das? Nun, das soll die logische Konsequenz der UNO-Politik sein. Die Konferenz von Rio de Janeiro, welche die folgerichtige Einhaltung dieser Prinzipien fordert, war der VIII. Kongress der World Anti-Communist League (WACL).

Ach so, ja dann, natürlich ein Witz, was? Vielleicht. Aber auf keinen Fall mehr ein Witz als die angeführten Präzedenzfälle. Falls sich einmal die Chinesen der Sache annehmen sollten, wird man es möglicherweise sogar bei uns merken. Bis dahin ist eigentlich die «Konsequenz» der UNO der einzige Witz an der Sache.

cb